

17. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Offensive für saubere Luft in Berlin – mit kluger Verkehrspolitik für eine lebenswerte und gesunde Großstadt

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert folgende zehn Punkte umzusetzen, um die Berliner Luft deutlich zu verbessern. Nur so kann das bereits eröffnete EU-Vertragsverletzungsverfahren gegen Berlin wegen Nichteinhaltung der seit 2010 mit der EU-Luftreinhaltelinie geltenden Grenzwerte abgewendet werden.

1. **Der Berliner Fuhrpark wird zum emissionsarmen Fuhrpark und damit deutschlandweit ökologischer Spitzenreiter.** Konkret bedeutet das für alle Fahrzeuge des Landes, der Eigenbetriebe und der Bezirke: Bei Neuanschaffungen müssen die Fahrzeuge in ihrer Fahrzeugkategorie im Realbetrieb den niedrigsten Schadstoffausstoß aufweisen. Diesel-PKW werden erst wieder angeschafft, wenn die Emissionen im Realbetrieb (Real Driving Emissions) den Emissionsgrenzwerten entsprechen. Bis 2020 soll analog zu Kalifornien ein Gesamtanteil an den neu zugelassenen Fahrzeugen von 20 Prozent Zero-Emission-Fahrzeuge (z. B. Elektroantrieb batteriebetrieben bzw. mit Brennstoffzelle) und von 30 Prozent Low-Emission-Fahrzeuge (z. B. Erdgasantrieb, Plug-In-Hybrid-Antrieb) erreicht werden. Bei den Berliner Verkehrsbetrieben (BVG) sollen bis 2020 alle Busse den anspruchsvollen Abgasstandard Euro VI bezüglich Stickoxiden (NOx)-Emissionen im Realbetrieb einhalten. Um günstigere Fahrzeugpreise zu realisieren, soll sich Berlin der am Rande der Klimakonferenz vorgestellten, gemeinsamen Fahrzeugbeschaffung von Paris, Brüssel und Rom anschließen.
2. **Den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) stärken,** so dass mehr Leute Bus, Bahn und Tram fahren. Dafür sind die bestehenden Vorrangschaltungen für Bus und Bahn unverzüglich wieder in Betrieb zu nehmen, Busspuren müssen dort eingerichtet

werden, wo Busse trotz mehrerer Fahrspuren im Stau stehen, die Fahrplansicherheit muss wieder gewährleistet werden. Weiterhin ist insbesondere das Straßenbahnnetz zu erweitern, insbesondere die Tram-Linie M10 vom Hauptbahnhof rasch bis zur Turmstraße und darüber hinaus zu verlängern. Die weiteren Tram-Linien im Stadtentwicklungsplan Verkehr müssen endlich wieder vorangetrieben werden. Weiterhin sind Bus und Bahn durch allgemeine Maßnahmen zu stärken und zugänglich zu machen: Barrierefreie, saubere und helle Bahnhöfe führen nachweislich zu mehr Fahrgästen, genauso tragen attraktive und bezahlbare Fahrpreise dazu bei.

3. **Die Haushaltsmittel zur Förderung des Radverkehrs werden verdreifacht.** Konkret bedeutet das zum Beispiel die Ausstattung aller Hauptverkehrsstraßen mit einer Fahrradinfrastruktur, die Etablierung eines Netzes aus Fahrradstraßen und Rad-schnellwegen, die ausreichende Bereitstellung von Fahrradabstellmöglichkeiten wie Fahrradbügeln und insbesondere die dringend notwendige Erhöhung der Sicherheit des Radverkehrs an Kreuzungen.
4. **Die Umweltzone wird gestärkt und gilt mit ihren Schadstoffgrenzwerten auch für Baumaschinen, Binnenschiffe und Kleinf Feuerungsanlagen.** Mittels einer Landesverordnung nach §47 Abs. 7 Bundesimmissionsschutzgesetz gilt die Umweltzone für alle Motoren in Berlin, egal ob er einen Bagger, ein Schiff oder einen PKW antreibt. So entstehen saubere Baustellen mit 90 Prozent weniger Feinstaub bzw. eine rußfreie, weiße Flotte, die zum Gesundheitsschutz in der ganzen Stadt beitragen. Über das Berliner Programm für Nachhaltige Entwicklung (BENE) soll es die Möglichkeit geben, bei wirtschaftlicher Schwierigkeit finanzielle Förderung für die Partikelfilternachschrü-tung zu erhalten.
5. **Die Umweltzone wird auf besonders belastete Gebiete in der ganzen Stadt ausge-dehnt,** damit auch die Menschen, die außerhalb des S-Bahn-Rings leben, ihr Recht auf saubere Luft wahrnehmen können. An der Silbersteinstraße und anderen Hauptver-kehrsstraßen außerhalb der Umweltzone werden regelmäßig die Grenzwerte für Stick-oxide und Feinstaub überschritten. Um die Kosten für Betroffene abzufedern, soll die Inanspruchnahme des bundesweiten Förderprogramms der Bundesamts für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) zur Nachrüstung von Partikelminderungssystemen bei Dieselmotorkraftfahrzeugen, für welches nach der aktuellen Förderrichtlinie bis November 2016 Anträge auf einen Festzuschuss von 260 Euro für PKW und leichte Nutzfahr-zeuge gestellt werden können, stärker propagiert und in geeigneter Weise unterstützt werden.
6. Der Senat wird aufgefordert, ein **Reisebus-Konzept für Berlin vorzulegen,** damit die Luftverschmutzung durch aktuell in der ganzen Stadt wild-parkende Reisebusse trotz wachsendem Fernbusverkehr vermindert wird. Hierzu gehören neben dezentralen, mit dem ÖPNV erreichbaren Haltepunkten auch Anreizsysteme diese anzufahren. Als ers-ter Schritt wird eine Park-Maut eingeführt, die emissionsabhängig analog der Londo-ner Maut für LKW und Busse gestaffelt ist, die notwendig für die Einfahrt in die Ber-liner Umweltzone ist und mit der an den Haltepunkten geparkt werden kann. Für den Fall, dass die Park-Maut keinerlei Wirkung zeigt, soll im Reisebus-Konzept ein Zeit-plan zur Einführung des Kölner Reisebus-Modells skizziert werden.

7. Es werden weitere **Messstationen aufgestellt**, die Emissionen an Baustellen, der Binnenschifffahrt und von Reisebussen besser überprüfen können. Außerdem wird es bessere Kontrollen der Umsetzung des Luftreinhalteplans, insbesondere der Umweltzone, der Tempo-30-Abschnitte auf Hauptverkehrsstraßen und des LKW-Fahrverbotes in der Silbersteinstraße geben. Mithilfe der sogenannten Smiley-Geschwindigkeitsanlagen soll gerade vor Schulen auf die Geschwindigkeitsbegrenzung hingewiesen werden.
8. **Berlin muss sich als Anwältin der Umwelt verstehen anstatt Anwohner für ihr Recht auf saubere Luft vor Gericht ziehen zu lassen.** Schadstoff-Hotspots müssen wirksam bekämpft werden. Wenn die Prüfung der Berliner Verwaltung ergibt, dass eine deutliche Lärm- und Luftbelastung sowie eine Gefährdung der Verkehrssicherheit auf dem entsprechenden Straßenabschnitt vorliegt, müssen wirksame Maßnahmenpakete umgesetzt werden. Diese gehen von im Luftreinhalteplan vorgeschlagenen Geschwindigkeitsbegrenzungen bis hin zum Einsatz von emissionsarmen BVG-Bussen in diesen Gebieten.
9. Mit einer **Neuaufgabe des TUT-Programms (Tausend Umwelttaxi)** soll die **Umstellung der Taxiflotte auf Umwelttaxi** (z. B. mit Erdgasantrieb, als Plug-in-Hybrid bzw. Elektroantrieb) vorangetrieben werden. Die Umstellung soll durch eine umfassende Werbekampagne unterstützt werden. Bei der aktuellen Taxiflotte soll die Ausrüstung vorhandener dieselgetriebener Taxen mit funktionsfähigen Partikelfilter wirksam kontrolliert werden.
10. Eine **Bundesratsinitiative für saubere Luft in Städten wird noch 2016 initiiert.** Diese umfasst die Einführung einer blauen Plakette mit einem deutlich niedrigeren Stickoxidausstoß und die Streichung der Ausnahme von Baumaschinen und Schiffen in der Umweltzone.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 30. Juni 2016 zu berichten.

Begründung:

Berlin gehört bei der Luftverschmutzung neben einigen anderen Regionen wie den Ballungsräumen Stuttgart, Rhein-Main-Gebiet sowie Mittel- und Nordhessen deutschlandweit immer noch zu den traurigen Spitzenreitern, verursacht vor allem durch den Straßenverkehr. Aber auch Baumaschinen und Binnenschiffe sind mitverantwortlich für eine erhebliche Luftverschmutzung. Gleich drei Berliner Messstellen des Luftgüte-Messnetzes sind hinsichtlich der Überschreitungen der von der EU festgelegten Luftqualitätsgrenzwerte bei Feinstaub bzw. Stickstoffdioxid bundesweit unter den Top 5. Berlin steckt deshalb mitten in einem EU-Vertragsverletzungsverfahren, bei dem empfindliche Strafen drohen. Die von Berlin bei der EU beantragte Fristverlängerung wurde abgelehnt, Berlin ist jetzt in der Pflicht sofortige Maßnahmen umzusetzen, um die Luftverschmutzung massiv zu reduzieren.

Berlin hat sich einen Luftreinhalteplan gegeben, um die Luftgüte zu verbessern. Viele der Maßnahmen in diesem Plan werden nicht oder nur verzögert umgesetzt. Es fehlt am politischen Willen des Senats dieses größte Gesundheitsproblem von Metropolen anzugehen. Es gab im Januar 2016 bereits die erste erfolgreiche Anwohner-Klage auf die Umsetzung von

wirksamen Maßnahmen im angrenzenden Straßenverkehr. Weitere Anwohner-Klagen sind bereits in der Vorbereitung. Um diesen entgegenzuwirken und die Kräfte nicht vor Gericht zu verschwenden, muss der Senat sich als Anwältin der Umwelt verstehen und eine Offensive für saubere Luft starten.

Erhebliche Luftbelastung sind vor allem eine Gesundheitsgefahr: Die Auswertung von mehr als 100 Studien im „British Medical Journal“ zeigt, dass das Risiko eines Schlaganfalls mit steigender Luftverschmutzung zunimmt. Schon leicht geringere Schadstoffmengen in der Luft senken das Schlaganfallrisiko. Hinzu kommen die erhöhten Gesundheitsrisiken durch Feinstaub hinsichtlich Atemwegserkrankungen wie Bronchitis und Husten, aber auch Asthma und Wachstumsstörungen bei Kindern. Gerade die ultrafeinen Partikel können über die Lungenbläschen in die Blutbahn übertreten und zu weiteren ernsten Schäden und Erkrankungen wie Krebs führen. Daher gilt: der Kampf gegen die Luftverschmutzung ist Gesundheitsschutz!

Berlin, den 26. Januar 2016

Pop Kapek Gebel Gelbhaar Moritz
und die übrigen Mitglieder der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen